

27.7.85

NR. 171 - DIE RHEINPFALZ

# Widerspruch gegen eine Anbindung an die A 63

## Steinbacher Gemeinderat lehnt Pläne des Straßenneubauamts ab

**STEINBACH (rds).** Am Donnerstagabend beschloß der Steinbacher Gemeinderat bei einer Sitzung im Bürgerhaus einstimmig, Widerspruch einzulegen gegen die Absicht des Straßenneubauamtes, die Anbindung der entstehenden Autobahn 63 an die Bundesstraße 40 bei Steinbach über die L 394 vorzunehmen. Zum Nutzen der Steinbacher Bürger wünscht der Gemeinderat, die Anbindung, wenn irgend möglich, nach Westen zu verlegen und zwischen Theresienhof und Röderhof anzusiedeln.

Ortsbürgermeister Willi Schöll erklärte noch einmal in aller Deutlichkeit, daß man den Bau der zunächst geplanten Raststätte laut Zusicherung des Straßenneubauamtes als nicht mehr aktuell betrachten könne. Es sei lediglich in Höhe Mühlbusch eine kleinere Parkmöglichkeit vorgesehen. Verbleibender Streitpunkt sei jedoch noch die geplante Anbindung der Autobahn an die B 40 in Höhe von Steinbach.

Schöll meinte, man solle doch die Ortschaft nicht mit einer hohen Lärmbelastung vergattern und die zahlreichen Pendler nicht täglich mit langen Wartezeiten an einer Ampelanlage belasten. Wenn die geplante Anbindung auch nur ein Provisorium sei - bei Fertigstellung der Autobahn ist keine Ausfahrt in Höhe von Steinbach vorgesehen - könne man doch mit einer Dauer von acht bis zehn Jahren rechnen. Dies sei nicht tragbar.

Weit sinnvoller ist es nach Ansicht von Schöll, die Trasse weiterzubauen und eine Anbindung zwischen Theresienhof und Röderhof vorzunehmen, wo die Autobahn bis auf wenige Meter an die B 40 heran-

rücke. Zudem sei die spätere Überquerung der B 40 ebenfalls nicht weit von dieser Stelle geplant, sodaß man die Bauaktivitäten doch in diesem Bereich konzentrieren könne. Hier würde auch keine Ortschaft unmittelbar betroffen.

Dieser Vorschlag wurde, da die Zeit drängte und, so Bürgeremister Peter Schulz, eine Einspruchsmöglichkeit nur noch bis zum 5. August möglich sei, nach Abstimmung einstimmig angenommen und wird zusammen mit der Ablehnung der Anbindung mittels der nach Steinbach führenden L 394 als Widerspruch weitergeleitet. Man hofft so, den Interessen der Steinbacher Bürger Rechnung zu tragen.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurde beschlossen, in diesem Jahr keine Anträge um Mittel aus dem Investitionsstock zu stellen. Auch traf man endgültig eine Entscheidung über die geplante Brunnenanlage auf dem Dorfplatz. Man entschied sich für einen Mühlsteinbrunnen mit 1,80 Metern Durchmesser. Die Arbeiten für die Anlage sollen nun zur Ausschreibung gelangen.

